

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Das bisherige Präsidium wiedergewählt. — Hilfe für die ausgeperrten Hüttenarbeiter betr.

Die erste Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums im neuen Jahre, die gestern abend von 6.30 Uhr ab in der Aula der Oberrealschule stattfand, war von 30 Damen und Herren des Kollegiums besucht. Entschuldigt fehlte Herr Stadtv. Kipberger (Bürgerl.). Am Redisole hatten die Herren Erster Bürgermeister Dr. Scheider, Bürgermeister Hans und Stadtrat Schumann Platz genommen. Der Zuschauerraum war stark besetzt. — Zwischen der letzten öffentlichen Sitzung im vergangenen Jahre und der ersten des laufenden Jahres liegt eine Spanne von mehreren Wochen, so daß sich der Beratungskreis sehr reichlich angelassen hat. Nicht weniger als 28 Punkte lagen der Tagesordnung zu Grunde. Der Umstand, daß der größte Teil der zu erledigenden Angelegenheiten einmütig und ohne Debatte verabschiedet wurde, ermöglichte es, daß die öffentliche Sitzung noch genau stündlicher Dauer geschlossen werden konnte. Der sich also gestern auf Senfationen gestützt hatte, ist nicht auf seine Rechnung gekommen. Es ging, wie gesagt, ziemlich ruhig zu. Selbst der kommunistische Hauptredner Genosse Meier schien nicht so recht auf der Höhe zu sein, wenn er sich auch scheinbar anzuheben zu versuchen Zeit mit schwerem Geschütz aufzubringen. Man vermied es auf der gesamtlichen Seite, wohl um die Sitzung nicht unangenehm in die Länge zu ziehen, den stummenden Punkten zu schweifen, und so blieb die teilweise drohende Explosion aus, wodurch erfreulicherweise unruhige Nebenheiten vermieden wurden. — Also anknüpfend 30 Beratungsgegenstände wurden in 3 Stunden erledigt. Für eine derartige Leistung eine verhältnismäßig kurze Zeit, und mancher Umstehende wird sich fragen, ob hier wirklich gründliche und solche Arbeit geleistet werden kann. Gewiß ist es für den Verwirklichenden oft nicht leicht, dem Eiletempo zu folgen. Die bedauerliche Verabschiedung liegt aber darin begründet, daß die zu behandelnde Materie den Mitgliedern des Kollegiums in den allermeisten Fällen bekannt ist, da ja die ausführliche Tagesordnung, nachdem die einzelnen Punkte bereits in den zuständigen Ausschüssen beraten worden sind, vorher auch innerhalb der Fraktionen durchgesprochen werden. Leider müssen sich auch die Vertreter der Presse bescheiden, ihre Berichte auf das Neueste zu beschränken, umfomehr, als auch und irgendwelche Unterlagen nicht zur Verfügung stehen. Die Einwohnerlichkeit sei deshalb wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Sitzungen der Stadtverordneten öffentlich sind und jedermann als Zuschauer Zutritt hat. Die Tagesordnung wird regelmäßig in den Zeitungen bekanntgegeben. Es ist also jedem die Möglichkeit gegeben, sich von der Art der Behandlung der ihm besonders interessierenden Angelegenheit zu überzeugen.

In folgendem geben wir die gestern gepflogenen Beratungen beim die gefassten Beschlüsse bekannt:

Zur Geschäftsordnung ersuchte zunächst Herr Stadtv. Schinkel namens der bürgerlichen Fraktion, Punkt 3 der Tagesordnung, Gaslieferungsvertrag mit dem E. V. Gröbke betr., in die öffentliche Sitzung zu verweisen. Dem Ersuchen wurde stattgegeben.

Bestimmungsgemäß hat in der ersten Sitzung des neuen Jahres die

Wahl des 1. Vorkchters und dessen Stellvertreter zu erfolgen.

Die SPD-Fraktion schlägt als 1. Vorkchter den bisherigen Stadtv. Vorkchters Herrn G. Müller vor; die Rechte brachte Herrn Stadtv. Dr. Müllermeister in Vorschlag. Die mittels Stimmzettel vorgenommene Wahl ergab für Herrn Stadtv. G. Müller 16, für Herrn Stadtv. Dr. Müllermeister 12 Stimmen; 2 Stimmzettel waren unbeschrieben. — Somit war

Herr Stadtv. G. Müller zum 1. Vorkchter wiedergewählt.

Es ist leicht zu erraten, daß die Abgabe der unbeschriebenen Stimmzettel von den beiden Vertretern der Partei für Volkstreu und Aufwertung, der Herren Fischer und Boland, abgegeben worden sind. Wenn auch die beiden Stimmen infolge der Zusammensetzung des Kollegiums nicht ausblühend gewesen wären, so muß doch die Stellungnahme der Genannten eigenartig berühren. Sie sagen es vor, ihre eigenen Wege zu gehen, während sie, nach dem Stimmenergebnis zu schließen, bei der Wahl des 1. Stellvertretenden Vorkchters ihre Stimme dem bürgerlichen Vorschlag gegeben haben dürften.

Herr Müller nahm die Wahl an und erklärte, daß er sein Amt in der gleichen Weise wie in den verflorenen Jahren weiterführen werde. Er hat die Mitglieder des Kollegiums, dafür besorgt zu sein, daß die Beratungen möglichst reibungslos vor sich gehen. Das Kollegium möge sich immer in dem Ziele einig sein, die zu leistende Arbeit zum Wohle der Stadt Riesa zu erledigen. In diesem Sinne werde er das Amt weiterführen.

Wahl des 1. stellv. Vorkchters.

Die kommunistische Fraktion schlägt für dieses Amt den bisherigen 1. Stellvertreter Herrn Stadtv. Vorkchters vor, die bürgerliche Fraktion Herrn Stadtv. Tröger.

Die Wahl, die ebenfalls durch Stimmzettel erfolgte, ergab 16 Stimmen für Herrn Vorkchters und 14 Stimmen für Herrn Tröger. Herr Stadtv. Vorkchters geht somit als 1. stellv. Vorkchters gewählt. Er nahm die Wahl an.

2. stellv. Vorkchters

Da weitere Vorschläge nicht erfolgten, auf Vorschlag der SPD-Fraktion der bisherige Inhaber dieses Amtes Herr Stadtv. Vorkchters als gewählt. Auch er erklärte sich zur Weiterführung dieses Amtes bereit. — Somit verbleiben die Vorkchtersposten in den bisherigen Händen.

Wahl des Schriftführers.

Als Schriftführer wurde der bisherige beherrschende Schriftführer Herr Stadtmann Kiese einstimmig wiedergewählt.

Herr Stadtv. Vorkchters G. Müller dankte den durch Wiederwahl in ihre Ämter berufenen Herren für die Bereitwilligkeit, ihre Ämter weiterzuführen.

Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider beglückwünschte namens des Rates die gewählten Herren und dankte insbesondere Herrn Stadtv. Vorkchters G. Müller, daß er jederzeit beiseite stehen sei, die Geschäfte so zu führen, daß sie dem Wohle der Stadt dienen und daß ihn, das Amt in der bisherigen Weise fortzuführen und auch künftig um ein gutes Einvernehmen zwischen Stadtverordnetenkollegium und Rat bemüht zu sein. Herr Erster Bürgermeister verabschiedete, daß auch leitens des Rates nach wie vor alles geschehen werde, unter Wahrung der gesetzlichen Vorschriften die Beschlüsse und Anordnungen des Kollegiums zu beachten und somit auch feinerzeit beiseite sein werde, das bisherige gute Einvernehmen zwischen Rat und Stadtverordnetenkollegium zu erhalten. Auch im Rat sei durchaus der Wille vorhanden, daß das harmonische Verhältnis zwischen beiden Vorrichtungen aufrecht erhalten werde.

Herr G. Müller dankte für die ehrenden Worte der Anerkennung.

Unter der Leitung des Herrn Stadtv. Vorkchters G. Müller wurde nunmehr die Tagesordnung wie folgt erledigt:

1. Einstimmig wurde beschlossen, für die Kraftwäheren im Stadtfrankenhaus eine **Büchereibehälterin** und zwei **Wäscherinnen** einzustellen. Die letztere Stelle ist auszuschreiben, die Einstellung der beiden Mädchen soll durch Vermittlung des Arbeitnachweises erfolgen.

2. Ebenfalls einstimmig beschlossen wurde die **Einstellung einer zweiten Köchenshülferin** im Stadtfrankenhaus und zwar auf Grund der Ratvorlage. Dadurch verliert der kommunistische Antrag, die Schülerin einem freien Schwelmerheim zu entnehmen, der Ablehnung.

3. Von der **Rechnung der Krankenkasse**, die in Einnahmen und Ausgaben mit einem Betrage von 199 645 RM. abschließt, wurde Kenntnis genommen und dieselbe richtig gesprochen. Der erforderlich gemessene städtische Zuschuß beträgt 15 211 RM.

4. Das Kollegium nahm Kenntnis von dem **Ratbeschlusse**, die **Arbeitszeit in den städtischen Betrieben** betr. Aus dem vorgetragenen Ergebnis der vorgenommenen Umfrage war zu entnehmen, daß ausdrücklich festgestellt worden ist, daß die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter, die in den städtischen Betrieben beschäftigt werden, den gesetzlichen Bestimmungen entspricht und daß besonders auch in der Schmelzerei eine angemessene Arbeitszeit auf dem Wege des Ausgleichs besteht.

5. Zu der **Frage, die Bewährung von Urlaub an die längere Zeit bei der Stadt beschäftigten nichtständigen Arbeiter** hatte die kommunistische Fraktion beantragt, die Karenzzeit von einem Jahr auf ein halbes Jahr herabzusetzen. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, die Ratvorlage nochmals an den zuständigen Ausschuß zurückzuverweisen und diesem Ausschuß den kommunistischen Antrag als Material zur Hand zu geben.

6. In den **Ausschuss für die Auflösung der Inhaberpapieranleihe** von 1 000 000 RM. wurde Herr Stadtv. Vorkchters Dr. Müller gewählt.

7. Von der **Verordnung des Wirtschaftsministeriums**, die **Einstellung der 4. Klasse an der Technischen Höheren Handelsschule** betr., und von dem Inhalt eines begründeten Schreibens des Vorstandes der Anstalt nahm das Kollegium Kenntnis. Bekanntlich hatte das Kollegium seinerzeit die Errichtung der 4. Klasse mit Vorbehalt abgelehnt, wohngegen, wie bereits bekanntgegeben worden ist, das Ministerium auf Ansuchen die Genehmigung erteilt hat. In längerer Aussprache legte Herr Stadtv. Vorkchters G. Müller die Entwicklung der Frage dar und betonte, daß die Art des Vorgehens seitens des Handelschulvorstandes außerordentlich befremdend müsse. Er schloß seine Darlegungen, seine Fraktion werde aus diesem Vorgehen die Konsequenzen ziehen und sich bei Beratung des Haushaltsplanes bei der Behandlung des Kapitels „Handelschule“ entsprechend einstellen.

8. In der in einer früheren Sitzung gegebenen **Anregung, die Neubestellung des Inhaberpapieranleiher** betr., haben der Bauausschuß und der Rat beschlossen, von einer Neubestellung fraglichen Fußweges der hohen Kosten wegen (etwa 3000 RM.) zur Zeit abzusehen, vielmehr in absehbarer Zeit auf die Verbreiterung des Teiles der Gochelstraße zwischen Schulstraße und Raiserberg zuzufolgeren. Es wird empfohlen, zunächst mit den Besitzern der dort befindlichen Gausgrundstücke in Verbindung zu treten. — Herr Stadtv. Vorkchters bemerkte, daß mit der feinerzeit gegebenen Anregung nicht eine so vollständige Verfestigung des Fußweges gemeint sei. Er bat, das Baumot möge Mittel und Wege finden, eine weniger kostspielige Herrichtung vorzunehmen, da der jetzige mangelhafte Zustand des Weges kein sicheres Vergehen gewährleistet, vielmehr den Verkehr gefährde. — Von der Ratvorlage wurde Kenntnis genommen. Die neuerliche Anregung des Herrn Stadtv. Vorkchters wurde zwecks Weiterleitung in die Niederschrift aufgenommen.

9. Das Kollegium stimmte den **Beschlüssen des Finanz- und des Rates** zu, die **Verwendung von 140 000 Reichsmark** aus dem langfristigen Darlehen von 300 000 RM. für den **Bau des Kleinkanalarbauseins** in dem städtischen Wasserverb.

10. Der **Ratvorlage, die Verlängerung des Vertrages mit den Mitteldeutschen Stahlwerken A.-G.**, die **Verlegung des Stadthafenbahnhofs** betr., auf ein weiteres Jahr, wurde zugestimmt. Herr Stadtv. Schinkel enthielt sich der Abstimmung. Die Verwaltung der Mischlag hatte um Verlängerung des Vertrages auf 2 Jahre nachgesucht.

11. Es wurde beschlossen, und zwar unter **Beimhaltung** des Herrn Stadtv. Urbach, **sämtliche Kanalarbauseins** in Gruppe IV der **Besoldungsordnung** einzustellen.

12. Einstimmig erfolgte die **Vermittlung** von 14 000 Reichsmark aus Mitteln des nächstjährigen Haushaltsplans zur **Übernahme von Studienbeihilfen** an junge Leute, die Ostern ihre Ausbildung beginnen oder weiter fortsetzen. Von den eingegangenen 38 Gesuchen haben 30 vom **Finanzausschuß** des Rat bezwillingt werden können.

13. Anstelle des bisherigen **Bezirksvorstehers** für den 4. Bezirk Herr Ed. Böhm, dessen Amtszeit abläuft, wurde mit **Stimmenmehrheit** Herr Justizwachtmeister Kramer als **Bezirksvorsteher** für obigen Bezirk gewählt.

14. Das Kollegium erklärte sich einverstanden, den **Gesuchstellern** anstelle des von diesen beantragten **Sturzküchens 20 B** das **Sturzküch 105** für Weiba in Erbpacht anzubieten.

15. Dem **Ratbeschlusse**, die **Beamtentanzwärter** betr., die das 20. Lebensjahr vollendet haben, trat das Kollegium einstimmig bei. Danach werden künftig alle bei der Stadt beschäftigten **Kandidaten** in die **Kandidatenliste** aufgenommen. Bisher war die **Zahl der Aufzunehmenden** begrenzt. Die Ratvorlage steht weiter vor, daß **Beamtentanzwärter**, die ihre Prüfung bis zu einem gewissen Zeitpunkt nicht ablegen, in die **Besoldungsgruppe IV** zurückgestuft werden.

16. Der **Erstellung der Genehmigung** zu einer **Veränderung des Stadtbezirks, Ausnahm** von **Sturzküchen** betr., wurde zugestimmt.

17. Zur **Spitzenabzahlung** bei den **Stadtbauanleihen** wird ein **Betrag** von etwa 3000 RM. benötigt. Das Kollegium erklärte sich mit der **vorgeschlagenen Darabahlung** einverstanden und bewilligte einstimmig den **erforderlichen Betrag**.

18. Es wurde einstimmig beschlossen, die **Stadtpflegern** künftig nach **Besoldungsgruppe V** einzustufen.

19. Von der **Festsetzung des Wertes vom Sparkassen-Kontogeld** nahm das Kollegium Kenntnis. Der **jetzige Wert** des Geldes ist auf 60 000 RM. und der **Wert der Einrichtungsgegenstände** auf 18 500 RM. festgelegt worden. — Hieran bemerkte Herr Stadtv. Boland, daß die **Einstufung** auf die genannten Beträge als **gerecht** zu bezeichnen sei. Er betrachtete dies als ein **gutes Vorzeichen**, daß auch die **Aufwertung der Sparkassen-Einlagen** usw. unter denselben Grundätzen erfolgen werde.

20. Es wurde sodann Kenntnis genommen von einem **Bericht über eine Revision der Sparkasse Gröbke** der Stadt-

bank und Sparbank. Erinnerungen sind nicht zu geben gewesen.

21. Das Kollegium genehmigte den **1. Nachtrag** zum **Voranschlag** über den **Verwaltungsaufwand** des **Öffentlichen Arbeitnachweises** Riesa für 1927/28 und bewilligte den auf die Stadt Riesa entfallenden **Beitrag** von 2126 RM. — Herr Stadtv. Risch nahm Gelegenheit, auf die dort infolge **Arbeitsüberlastung** herrschenden **unbilden Zustände** und **Uebertreibungen** hinzuweisen und ersuchte den Rat, seinen **Einfluß** den **auständigen Stellen** gegenüber geltend zu machen und dort ein **gewichtiges Wort** zu sprechen. — Die **Anregung** des Herrn Stadtv. Risch wurde zur **Weiterleitung** an den Rat in die **Niederschrift** aufgenommen.

22. Von der **Entscheidung des Kreis-Ausschusses** auf die **Beschwerde** der **bürgerlichen Rats- und Stadtverordneten-Fraktion** wegen der **Bestellung der Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer** wurde Kenntnis genommen. Bekanntlich ist, wie wir seinerzeit bereits mitgeteilt haben, die **Beschwerde** sowohl von der **Kreisbauernschaft** als auch vom **Kreis-Ausschuß** abgelehnt worden, da, wie festgestellt worden ist, der **hohe Zuschlag** vorhanden sei. — Nachdem Herr Stadtverordneten-Vorkchters G. Müller die **eingegangenen schriftlichen Bescheide** verlesen hatte, gab Herr Stadtv. Schinkel bekannt, daß sich nunmehr die **Beschwerdeführer** an die **Geneindekammer** gewandt und um **Entscheidung** gebeten haben. Die **Eingabe** gelangte durch Herrn Stadtv. Schinkel zur **Verlesung**. — Die **zu der Angelegenheit** gepflogenen **Erörterungen** vervollständigte Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider, indem er **Erklärungen** über den **Wohn** des **schriftlichen Bescheides** mit den in **Frage** stehenden **amtlichen Stellen** gab und betonte, daß er **seiner Auffassung** nach **korrekt** gehandelt habe.

23. Angenommen wurde folgender **Antrag der SPD-Fraktion** an der **Verordnung** des **Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung** vom 2. Dezember 1927, die **Wartegzeit für Arbeitslose** betr.: „Gegen die **Verordnung** des **Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung** vom 2. Dezember 1927 zu **protestieren**, wonach die **Wartegzeit** für **Arbeitslose** in **bestimmten Fällen** auf **zwei und drei Wochen** heraufgesetzt wird, und **ihre sofortige Aufhebung** zu fordern.“

Zwei weitere in dem **Antrage** enthaltene **Forderungen** wurden als **inzwischen erledigt** zurückgezogen.

24. Das Kollegium erklärte sich **einverstanden**, daß die **Mittel** zur **Errichtung** der **bestimmten Planhöhen** auf den **Kinderspielflächen** im **Stadteil Gröbke** (Wäldchen), **Stadteil Weiba** (Kudlich) und an der **Vindenhöhe** (Riesl) in den **nächsten Haushaltsplan** mit **ausgenommen** werden.

25. Für das **Finanzgericht** im **Bezirk** des **Bundesfinanzamtes** Dresden wurden in **Vorschlag** gebracht die **Herren** **Bürgermeister** **Hans**, **Kommerzienrat** **Schönherz**, **Stadtv. Risch** und **Abteilungsleiter** **Oskar** **Schönherz**.

Antrag der kommunistischen Fraktion: Aktive Hilfe für die ausgeperrten Hüttenarbeiter.

Die **kommunistische Stadtverordnetenfraktion** in Riesa fordert durch **Einreichung** folgenden **Antrages** sofortige **gemeinnützige Hilfe** für die **ausgeperrten Hüttenarbeiter**: Das Kollegium beschließt: Der **Rat** wird beauftragt:

1. das **Arbeitsamt** zu ersuchen, sofort an die **um den Arbeitslosen kämpfenden Arbeiter** des **Eisenwerkes** **Erwerbslosenunterstützung** zu **schießen**.
2. **Sofort** durch die **Stadtkasse** den **betreffenden Arbeitern** vorläufige **Zahlung** auf die **in Frage kommende Unterstützung** zu **gewähren**.
3. **Im Falle** der **Ablehnung** der **Auszahlung** der **Erwerbslosenunterstützung** durch das **Arbeitsamt** wird die **Unterstützung** durch die **Stadt** **geleistet**.
4. **Für die Familien** der **kämpfenden Arbeiter** sind **Lebensmittel** und **Erwerbsförderung** zur **Verfügung** zu **stellen**.

Zur **Begründung** obigen **Antrages** hielt Herr Stadtv. Vorkchters (Komm.) eine **längere Rede**, wobei er **es** natürlich nicht **unterlassen** konnte, die **„hohe Politik“** in den **Saal** zu **tragen** und **so** seinem **Herzen** wieder **mal Luft** zu **machen**. Nach **beendeter** **Aussprache** wurde auf **Antrag** der **SPD-Fraktion** hin **beschlossen**, die **Punkte 1-4** des **kommunistischen Antrages** an den **Finanzausschuß** zu **verweisen**, während der **1. Punkt** des **Antrages** **einstimmig** **Annahme** fand.

Damit **erreichte** die **öffentliche Sitzung** um **10 Uhr** ihr **Ende**. **Es** wurde **nichtöffentlich** weiter **beraten**.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 11. Januar 1928.

— **Wettervorhersage** für den 12. Januar. **Mitgeteilt** von der **Sächs. Landeswetterwarte** zu **Dresden**. **Flachland**: Vorwiegend **stark bewölkt** und **neblig**; nur **geringfügige Niederschläge**. **Temperaturen** während der **Nacht** **langsam** bis **etwa 2 bis 3 Grad** **heruntergehend**. **Abkühlende** **Winde** aus **westlichen Richtungen**. **Gebirge**: **Höhere Lagen** des **Gebirges** (über 700 m) **wieder leichter Frost**, sonst **wie Flachland**.

— **Daten** für den 12. Januar 1928. **Sonnenaufgang** 8,2 Uhr. **Sonnenuntergang** 16,15 Uhr. **Mondaufgang** 22,18 Uhr. **Monduntergang** 10,58 Uhr. 1519: **Kaiser Maximilian I.** in **Wels** **gest.** (geb. 1459). 1748: **der Abt** **Georg Heinrich** **Bestaloy** in **Büsch** **geb.** (gest. 1827). 1833: **der** **Bischof** **und Nationalökonom Eugen** **Dühring** in **Berlin** **geb.** (gest. 1921).

— **Haltestellenberlegung**. Die **Haltestelle** **Bauhofer** **Strasse** in der **Fabrikrichtung** nach dem **Bahnhof** ist vom **Grundstück** **Niederlagstraße 1** nach dem **Grundstück** **Hauptstraße 73** (**Elbertstraße**) **verlegt** worden.

— **Zur Verbindlichkeitsklärung** des **Schiedspruches** in der **Hüttenindustrie**. Durch die **Verbindlichkeitsklärung** des **Schiedspruches** in der **sächsischen Hüttenindustrie** durch den **Reichsarbeitsminister** ist eine **Klärung** der **Frage** in der **sächsischen Hüttenindustrie** nicht **eingetreten**. Die **Arbeiter** lehnen die **Regelung** der **Frage** der **Sonntagsarbeit**, wie **bereits** **gemeldet**, nach **wie vor** als **ungefährlich** ab. Der **Verband** der **Metallindustriellen**, dem die **Hüttenwerke** **angegliedert** sind, wird **heute** zur **Besprechung** der **neuen Lage** **zusammenkommen**. Am **kommenden** **Montag** werden **dann** **erneute** **Verhandlungen** zwischen den **beiden Parteien** der **Hüttenindustrie** **stattfinden**. Sollte **dabei** eine **Einigung** über die **kritischen Fragen**, **besonders** **über** die **der Sonntagsarbeit** **nicht** **zustande kommen**, so **müßte** mit der **Einleitung** eines **neuen Schlichtungsverfahrens** **gerechnet** werden.